

Fernbusfahrten: neue Angebote in Göttingen

Privater Fernbusmarkt entfaltet sich – Lutz Knopek (FDP): „eine interessante Alternative“

Seit einigen Wochen dürfen private Anbieter Fernbusfahrten offerieren. Auf Initiative der Liberalen hatten sich FDP, Union, SPD und Grüne im letzten Jahr auf einen Gesetzentwurf zur Reform des Personenbeförderungsgesetzes geeinigt.

„Mit der Gesetzesänderung wird der Wettbewerb im Personenfernverkehr gestärkt. Die seit den 1930er Jahren existente Schutzklausel für die Schiene entfällt. Damit sind Chancen für etablierte Unternehmen und junge, innovative

Verkehrsunternehmen verbunden. Für Reisende ergeben sich durch die Liberalisierung neue Wahlmöglichkeiten und niedrigere Preise. Fernbusse sind gerade für junge Menschen und Personen ohne eigenes Auto eine interessante Alternative“, so der Göttinger Bundestagsabgeordnete Dr. Lutz Knopek.

Ein Blick auf die Internetseiten verschiedener Anbieter zeige, dass auch von und nach Göttingen bereits einige Verbindungen eingerichtet seien. Bestimmte Verbindungen

würden auch erst bei einer bestimmten Zahl fester Anmeldungen durchgeführt.

Gleichzeitig dämpft Knopek überzogene Erwartungen: „Es ist ganz klar, dass sich der Markt nach einem jahrzehntelangen Fernverkehrsmonopol der Bahn erst entfalten muss. Von heute auf morgen kann man kein flächendeckendes Fernbusnetz erwarten. Private Anbieter tasten sich langsam vor und weiten ihre Angebote Stück für Stück aus“, so der Bundestagsabgeordnete gegenüber dem BLICK.

„Ich bin davon überzeugt, dass sich die Situation auf dem Fernbusmarkt in einem Jahr schon deutlich verbessert hat und auch eine Vielzahl neuer Angebote für die Menschen in Südniedersachsen eingerichtet werden“, so der FDP-Politiker.

Nach einer Übergangszeit zur Markteinführung sollen ab dem 31. Dezember 2019 alle Fernbusse verpflichtend barrierefrei sein. Damit werde das neue Angebot auch für mobilitätseingeschränkte Menschen umfassend nutzbar, findet Knopek.



Der FDP-Bundestagsabgeordnete Lutz Knopek vertritt die Interessen Göttingens im Bundestag.

Foto: E.F.